Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo“, München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 4 | München / 5. Jahrgang | 25. Januar 1918

BY

Konfessionelle Militärstatistik.

Von Prof. Dr. Arthur Cohen.

Zur Bekämpfung der gegen eine Konfession gerichteten Angriffe wegen ihrer angeblich geringen Beteiligung am Kriege können zwei Methoden dienen: Erstens die direkte Methode, nämlich die Zählung der Feldzugsteilnehmer mit Unterscheidung der Konfession. Soll eine solche vom Staat vorgenommen werden, so sind folgende Forderungen zu erfüllen: Die Erhebung muß sich auf alle Konfessionen erstrecken (nicht nur auf eine); sie muß tendenzlos, genau und zuverlässig sein, wie eine Volkszählung. Ihre Durchführung wäre daher einem öffentlichen statistischen Amte zu übertragen. Es ist eine der größten Errungenschaften in der staatlichen Entwicklung, daß die Statistik gegenüber der Verwaltung eine ähnliche Unabhängigkeit erlangt hat wie die richterliche Gewalt. Wie Ausnahmegerichtsbarkeit einen Rückschritt in der staatlichen Entwicklung darstellt, so die dezentralisierte Statistik, das heißt die Vornahme einer statistischen Erhebung von einem beliebigen Verwaltungsressort, statt von der spezialistisch geschulten und daher (verhältnismäßig) unabhängigen Statistikerbürokratie.

Eine zweite Methode besteht darin, daß man sagt: Angenommen, daß die Beteiligung der betreffenden Konfession geringer ist, wie die der anderen, so beweist dies nichts. Wenigstens nichts im Sinne der Angreifer. Denn die Gründe liegen in moralisch indifferenten Erscheinungen, in der Verschiedenheit der demologischen Eigenschaften, die die Konfessionen infolge ihrer Geschichte, geographischen Verbreitung, der sozialen Zusammensetzung ihrer Angehörigen usw. zeigen. Man muß also, um die Ergebnisse einer etwaigen konfessionellen Militärstatistik zu verstehen, dieselben erklären; erklären eben aus den spezifischen Eigenschaften der betreffenden Religionsgemeinschaft.

Auf diesem Standpunkt steht R. May, ein angesehener Statistiker, in einer Schrift „Konfessionelle Militärstatistik".[1]) Die Schrift bezweckt also nicht, das Material zu liefern für eine wirkliche konfessionelle Militärstatistik, sondern die Kritik einer möglichen konfessionellen Militärstatistik. Ersteres wäre auch schon deshalb untunlich, weil ein solches Material fehlt, denn die schon im Frieden veröffentlichte Militärtauglichkeitsstatistik unterscheidet nicht nach Konfessionen, und die im Kriege veranstaltete Erhebung der Kriegsministerien über die Juden im Heere ist nicht veröffentlicht. (Die Nachweise der Berufszählungen über Offiziere, Militärbeamte, Unteroffiziere und Gemeine in Armee und Kriegsflotte sind zwar nach Konfessionen gegliedert, haben aber nur als Füllsel der Berufsstatistik einige Bedeutung.)

Der Gedankengang des Verfassers ist nun so: Die jüdische Bevölkerung ist demologisch so verschieden von der übrigen Bevölkerung nach Alter, Herkunft (aus der Stadt oder vom Lande), Beruf und Berufsstellung, Bildungsgrad, daß sich das Maß und die Art ihrer militärischen Brauchbarkeit mit den übrigen Konfessionen gar nicht vergleichen läßt. Darin, dies im einzelnen nachgewiesen zu haben durch mühsame Untersuchungen der zugänglichen statistischen Quellen (Altersgliederung, Gebürtigkeitsstatistik, Unterrichtsstatistik, Berufsstatistik) besteht das wissenschaftliche Verdienst des Verfassers. Infolge ihrer eigentümlichen Altersgliederung (niedrige Geburtenhäufigkeit, geringe Sterblichkeit), des fast gänzlichen Fehlens der landwirtschaftlichen Tätigkeit der Juden, der Eigenschaft der Juden als einer Stadtbevölkerung, können die Juden nicht annähernd so stark im Heere vertreten sein, als ihrem Prozentanteil an der Bevölkerung entspricht.

May weist ferner eindringlich darauf hin, daß die jüdischen Militärpflichtigen gewisse persönliche Eigenschaften besitzen, die in diesem Kriege sich in vielen Fällen als ebenso wertvoll erwiesen haben, wie die rein militärische Tauglichkeit, und die sich als Vorzüge der jüdischen Militärpflichtigen darstellen, z. B. Organisationsfähigkeit, Sprachkenntnisse, Auslandskenntnisse, ärztliche, journalistische Vorbildung usw. Daß diese Vorzüge mehr in der Etappe und in der Heimat zur Geltung kommen, als an der Front, mußte die Anzahl der jüdischen Frontsoldaten und damit das jüdische „Gefahrenrisiko" herabmindern. Gerade diejenige demologische Eigenschaft der Juden, die ihre militärische Tauglichkeit zu verringern scheint, ihr Charakter als einer wesentlich städtischen Berufsschicht, hat also, wenn man die militärische Tauglichkeit in einem weiteren, höheren Sinne faßt, in einem Sinne, wie er allein den Erfahrungen dieses Krieges entspricht, sie auch erhöht. Wer fragt nach der militärischen „Tauglichkeit" der Techniker, Chemiker, Ärzte, Kaufleute? Genug, sie sind „militärisch verwendungsfähig", denn mehr als je ist heute die Wehrmacht geistige Macht.

Aber wenn sich auch die Maysche Schrift namentlich in ihrem zweiten, mehr illustrativen Teil hauptsächlich mit der Frage der jüdischen militärischen Tauglichkeit beschäftigt, so bezieht sich ihr logischer Aufbau doch auf alle Konfessionen. Dies zeigt sich schon auf Seite 2, wo May sagt: „Nehmen wir einmal an, das Zentrum hätte, um die Katholiken gegen die Anschuldigung geringeren Patriotismus zu verteidigen, eine allgemeine Militärstatistik nach Konfessionen gefordert und diese würde angefertigt werden, so würde sie zweifellos ergeben: 1. daß der Prozentsatz der Katholiken im Heere ein größerer ist als ihr Prozentsatz in der Bevölkerung; 2. daß der Prozentsatz der Gefallenen bei den Soldaten katholischer Konfession größer ist als bei den Soldaten evangelischer Konfession. Die Verhältnisse, die dieses bewirken — und die mit der Frage eines größeren oder geringeren Patriotismus gar nichts zu tun haben — sind bei den Juden und den jüdischen Soldaten in noch viel höherem Grade vorhanden als bei der evangelischen Bevölkerung und ihren Soldaten. Darum muß die Zahl der Juden im Heere noch weit mehr hinter ihrem Prozentsatz in der Be-

[1]) Ergänzungsheft 13 des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen, Verlag Mohr 1917. 65 Seiten. Mk. 2.60.

völkerung zurückbleiben als die Zahl der evangelischen Christen gegen deren Prozentsatz in der Bevölkerung zurückbleibt, und ebenso muß die Zahl der gefallenen Juden in noch größerem Maße hinter ihrem Prozentsatz im Heere zurückbleiben als der Prozentsatz der Gefallenen bei den evangelischen Christen hinter deren Prozentsatz im Heere zurückbleibt. Die Protestanten werden, sowohl was ihren Prozentsatz im Heere, als was den Prozentsatz ihrer Gefallenen anbelangt, nicht ganz in der Mitte stehen zwischen den betreffenden Prozentsätzen bei den Katholiken und bei den Juden. Wenn diese Prozentsätze maßgebend wären für den Patriotismus, dann wären, was Vaterlandsliebe anbelangt, die Katholiken den Protestanten weit voraus."

Und Seite 21 sagt May: „Im Kriegsheer müssen nach vorstehenden Zahlen (die Zahlen beziehen sich auf Altersaufbau, Geburtenhäufigkeit usw.) die Katholiken stärker, die Protestanten — vom Offizierskorps abgesehen — schwächer vertreten sein als in der Bevölkerung".

Die hier wiedergegebenen und ähnliche Stellen der Mayschen Schrift haben in der Zentrumspresse einerseits, der zentrumsgegnerischen Presse anderseits ein schwer begreifliches Aufsehen erregt. Schwerbegreiflich für May, seine Leser und, wie ich hoffe, nun auch für die Leser dieser Zeilen. Denn erstens sind die Behauptungen von May rein hypothetisch und als solche, wenn auch nicht ausdrücklich bezeichnet, so doch gefaßt. Zweitens will May diese hypothetische größere oder geringere militärische Tauglichkeit nicht kritisch oder apologetisch verwerten als einen Beweis für den größeren oder geringeren Wert einer Konfession, sondern wissenschaftlich, er will sie nur erklären, im obigen Sinne, aus gewissen sozialen Erscheinungen heraus. Der ganze Vorgang aber ist sehr lehrreich für die Juden, besonders deshalb, weil er sich in anderen Fragen öfters wiederholt: Ein Vorwurf wird gegen die Juden erhoben, von diesen zurückgewiesen, plötzlich wird er von irgend einer Seite verallgemeinert — und nun erst erkennen die Betroffenen: et mea res hic agitur, auch auf mich wird hingezielt, auch ich muß mich wehren. Aus einer „Judenfrage" ist im Nu eine allgemeine Frage geworden, und das ist gut so; denn nun kann sie erschöpfend beantwortet, wirklich gelöst werden.

Die Judenfrage in der Internationale.

Von Helene Hanna Cohn.

Das Friedensmanifest, das die Abgesandten der skandinavischen Länder und Hollands im Auftrage des Organisationskomitees der Stockholmer Sozialistischen Konferenz an die der Internationale angehörigen Parteien gerichtet haben, enthält die folgenden Forderungen:

„Internationale Lösung der Judenfrage: Personalautonomie in den Gebieten Rußlands, Österreichs, Rumäniens, Polens, wo die Juden in geschlossenen Massen wohnen; Schutz der jüdischen Kolonisation in Palästina."

Ferner wird bei der Forderung der Errichtung eines freien, unabhängigen Polens die Notwendigkeit der „Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung und Autonomie der jüdischen und anderen nationalen Minoritäten" betont.

Dieses Programm besagt, daß das Organisationskomitee die Juden als eine besondere Nation anerkennt und dem Sozialistenkongreß, der über kurz oder lang ja doch einmal zustande kommen muß, aufgeben wird, sich mit der Judenfrage als einem nationalen Problem zu befassen. Wird das erreicht, so findet ein alter Streit seine endliche Lösung, dessen Verlauf nicht nur für die Entwicklung des Judentums, sondern auch für diejenige der Internationale von Bedeutung ist. Die Behandlung der Judenfrage durch die Internationale würde nämlich einen deutlichen Beweis bilden für die immer stärker werdende Nationalisierung sowohl des Judentums wie auch der sozialdemokratischen Parteien. Die Aufnahme der Judenfrage in das Friedensprogramm wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Weltanschauung der jüdischen Nationalisten über diejenige der jüdischen Assimilanten gesiegt hätte; sie wäre aber auch nicht möglich gewesen, wenn die sozialdemokratischen Parteien nicht immer mehr von der Anerkennung des Staatenprinzips zu derjenigen des Nationalitätenprinzips übergegangen wären.

Die Nationalisierung des Judentums und die Nationalisierung der Sozialdemokratie haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten als 2 gleichzeitige, aber voneinander unabhängige Strömungen entwickelt. Sie haben sich jedesmal berührt, wenn auf sozialdemokratischen Kongressen die Frage der Vereinigung jüdischer Arbeiterorganisationen zu einer besonderen Sektion in der Internationale aufgeworfen wurde, waren aber bis jetzt beide zu schwach, um eine Bejahung dieser Frage und damit eine Anerkennung der Juden als einer besonderen Nation herbeizuführen.

Bei einem Überblick über das frühere Verhältnis zwischen Internationale und jüdischer Arbeiterschaft läßt sich ihrer beider Entwicklung zum Nationalismus deutlich verfolgen.

In der alten Internationalen Arbeiterorganisation, die von 1864 bis 1873 bestand, hatte es nur eine einzige Partei, nämlich die Internationale Partei gegeben, in die sich die proletarischen Verbände ohne Rücksicht auf ihre Nationalität einfügten. Erst als sich dieses System aus äußeren Gründen, hauptsächlich mit Rücksicht auf die Sprachenfrage, als unpraktisch erwiesen hatte, ging man zu einer Gruppierung der in der Internationale vertretenen Verbände nach Gesichtspunkten der gemeinsamen Sprache und Kultur über. In das Memorandum des Eisenacher Kongresses wurde zwar schon 1869 der Satz aufgenommen: „Der wirkliche Kreis einer nationalen Zentralbehörde wird nicht durch Staatsgrenzen beschränkt, sondern dehnt sich nach dem Gebrauch der respek-

tiven Sprache aus"; doch fand dieser Grundsatz noch keine konsequente Anwendung. Erst nach der 1889 erfolgten Neuordnung der Internationale als einer Zusammenfassung von nationalen Sektionen machte sich ein Übergang vom Staatenprinzip zum Nationalitätenprinzip geltend.

Von denjenigen Völkern, die nach diesem Prinzip zu behandeln waren, wurden zuerst die Polen als eine besondere Nation anerkannt: dann folgten Tschechen, Finnländer und Armenier, wobei man allerdings durch Begriffsformulierungen wie „früherer Staat", „historische Provinz", „Kronland" usw. bewies, daß man den Begriff der Nationalität noch immer von territorialen Bedingungen abhängig machte. Den Ukrainern, Kroaten, Litauern und Juden wurde das Recht auf eine besondere nationale Sektion nicht eingeräumt, obgleich dies im Widerspruch zu der sich ständig befestigenden Anerkennung des Nationalitätenprinzips im Gegensatz zum Staatenprinzip stand, die in einem 1906 gefaßten Beschluß klar und deutlich ausgesprochen war. („Als Nation wird jede Gruppe von Individuen anerkannt, die einer Regierung untertan sind, doch kann das Büro in Ausnahmefällen auch solche Gruppen von Individuen als Nation anerkennen, bei denen das Streben nach Autonomie und nach moralischer Einheit als Resultat einer langen historischen Tradition noch fortlebt, ungeachtet ihrer Abhängigkeit von einer oder mehreren Regierungen").

Auf die Juden hätte dieser Grundsatz unbedingt Anwendung finden müssen, was sich in der Zulassung einer besonderen jüdischen Sektion zur Internationale ausgesprochen hätte, wenn nicht der internationale Standpunkt gerade von jüdischen Sozialdemokraten scharf bekämpft worden wäre. Schon 1891 hatten Vertreter der jüdischen Arbeiterorganisationen Amerikas eine Erörterung der Judenfrage beantragt, doch war damals das Verständnis für die Tatsache, daß eine Nation ganz unabhängig von territorialen Grenzen existieren könne, noch so unausgebildet, daß die Erörterung abgelehnt wurde.

Auf dem Amsterdamer Kongreß im Jahre 1909 wurden zwar wieder jüdische Angelegenheiten erörtert, doch handelte es sich hier nicht um eine Aufrollung des allweltlichen jüdischen Nationalproblems, sondern um eine Sonderangelegenheit der russischen Sektion. Der „Jüdische Arbeiterbund" forderte nämlich, um nicht in der Internationale gänzlich unvertreten zu bleiben, Sitz und Stimme in der russischen Sektion, was ihm als alter revolutionär - sozialistischer Organisation Rußlands auch gewährt wurde — eine Entscheidung, mit welcher der „Bund" zwar einverstanden war, die aber eigentlich die nationale Selbständigkeit der Juden verneinte.

Zu einer erneuten Aufrollung der jüdisch-nationalen Gesamtfrage kam es erst 1907, als die inzwischen entstandenen territorialistischen Organisationen, besonders die Partei der Poale Zion, eine besondere Vertretung in der Internationale und auf dem Stuttgarter Kongreß verlangte. Es ist von typischer Bedeutung, daß diese Forderung damals vom sozialistischen Kongreßbüro als berechtigt anerkannt wurde, später aber auf Betreiben des jüdischen „Bund", der den Anspruch erhob, als einziger Vertreter des jüdischen Proletariats anerkannt zu werden und in dem von den Poale Zion erstrebten jüdischen Gemeinwesen in Palästina eine Stärkung des Imperialismus sah, sowie auf Betreiben deutsch-jüdischer und österrichisch-jüdischer Parteiführer, die das Heil des Judentums in der Assimilation sehen wollten, als nur für die Stuttgarter Tagung gültig ausgelegt wurde.

In dieser Schwebe zwischen Anerkennung und Nichtanerkennung seiner nationalen Besonderheit durch die Internationale hat sich das Judentum seither befunden.

Inzwischen hat der Krieg das allgemeine Verständnis für Nationalitätenprobleme gewaltig gestärkt und besonders in der Sozialdemokratie das Bewußtsein ihrer Verpflichtung gegenüber den kleinen und ungeschützten Nationen gefestigt. Nachdem die Revolution den unterdrückten Völkerschaften Rußlands, darunter auch den Juden, die Anerkennung ihrer besonderen Nationalität gebracht und ihre Ansprüche auf kulturelle Autonomie gewürdigt hat, nachdem gewisse unhaltbare Zustände in der Nationalitätenfrage Österreichs zutage getreten sind und die Ereignisse gelehrt haben, daß auch Nationen, die ihres eigenen Territoriums beraubt sind, nicht aufhören, als Nationen weiterzuexistieren (Belgier, Serben, Montenegriner), wird die sozialdemokratische Internationale dasStaatenprinzip endgültig verlassen und zum Nationalitätenprinzip übergehen müssen. Sie wird nicht nur den Ukrainern, Kroaten und Litauern, sondern auch den Juden die Anerkennung als besondere nationale Partei nicht länger versagen können. Im Falle der Juden könnte sie einen abschlägigen Bescheid umsoweniger verantworten, als während des Krieges von der eigenen jüdischen Sprache, eigenen Literatur und Presse, von den eigentümlichen sozialen Bedingungen der Juden (z. B. das Kleinhandwerk in Polen, das Schwitzbudensystem in Amerika) in weite Kreise gedrungen ist und sie von dem Vorhandensein eines besonderen jüdischen Nationalcharakters völlig überzeugt haben muß.

Tatsächlich lehrt das Programm des holländisch-skandinavischen Komitees, daß die sozialdemokratischen Parteien bereit sind, mit der Anwendung des Nationalitätenprinzips Ernst zu machen und dieses auch auf die Juden zu erstrecken. Dieses Programm geht sogar weit über das hinaus, was die Anhänger eines Schutzes der kleinen Nationalitäten vor dem Kriege von der Internationale erwarten konnten. Während dieses bei einer normalen Entwicklung der Ereignisse heute vielleicht so weit wäre, sich des Proletariats unterdrückter Nationen anzunehmen und dessen nationale Selbständigkeit durch Aufnahme in die Internationale anzuerkennen, haben die in Stockholm Versammelten nicht nur proletarische, sondern auch völkerrechtliche Fragen in den Bereich ihrer Aufgaben gezogen. Im Einklang damit steht der Entschluß, sich nicht nur der jüdischen Arbeiterinteressen, sondern der gesamten Juden-

frage anzunehmen und für die Erlangung der jüdischen Nationalrechte zu kämpfen.

Es besteht kein Zweifel, daß sich gerade jüdische Parteiführer aus Deutschland und Österreich auch dieses Mal wieder gegen die Aufrollung der Judenfrage durch die Internationale stemmen werden; auch ist die Haltung des „Bund" gegenüber einer Sektion, welche berechtigt wäre, die Palästinafrage in ihr Programm aufzunehmen, noch nicht ersichtlich. Es ist aber zu erwarten, daß das nationale Bewußtsein sowohl in den Vertretern der Sozialdemokratie wie in der Masse des Judentumms inzwischen stark genug geworden ist, um die Widerstände zu überwinden und die Lösung der jüdischen Frage im nationalen Sinne zu ermöglichen. Ist diese Lösung doch eng verknüpft mit dem Grundsatz der proletarischen Internationalität, deren Erzielung heute, da der nationalistische Standpunkt der Überspannung zustrebt, dem Sozialdemokraten doppelt wünschenswert erscheinen muß: „Nur bei einer frei sich entwickelnden Nation ist das erfolgreiche Fortschreiten auf dem Wege zum Sozialismus möglich, und nur zwischen autonomen Nationen ist die Verwirklichung der Internationale denkbar."

Verband jüdischer Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter.

Eine Anregung
von Dr. Nathan Birnbaum.

Der vorliegende Aufsatz will auf die Notwendigkeit verweisen, daß die Juden die ihnen aus ihren Kriegserlebnissen erwachsenen Interessen wahren, und will die Art besprechen, in der diese Wahrung am zweckmäßigsten vor sich gehen kann.

Wenn nämlich irgendwo der Gedanke der Selbsthilfe durch Zusammenschluß am Platze ist, so auf diesem Gebiete. In Deutschland wird ja auch eine allgemeine Organisation der Kriegsteilnehmer gegründet. Vielleicht kommt es auch in Österreich so weit. Jedenfalls aber ist — bei dem besonderen Widerstande, mit dem der Jude zu kämpfen hat, wenn er etwas, und sei es auch nur sein Recht, durchsetzen will — eine solche besondere Organisation für Juden notwendig.

Ihre Zwecke ergeben sich von selbst. Sie sind:

1. Rechtsschutz der Mitglieder bei allen aus den Kriegsverhältnissen sich ergebenden Ansprüchen an den Staat und sonstige Verpflichtete;
2. Vertretung der Interessen der Mitglieder gegenüber Wohlfahrts-Institutionen aller Art;
3. Maßnahmen um den Mitgliedern den Wiedereintritt in den bürgerlichen Wirtschaftskreis zu ermöglichen (Arbeitsnachweis, Nachweis von Gelegenheiten für geeignete selbständige Betätigung; vielleicht auch geschäftliche, industrielle und landwirtschaftliche Verbandsunternehmungen);
4. Vertretung der Interessen der Gesamtheit jüdischer Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter — namentlich auch Wahrung ihres Rufes und ihrer Ehre — gegenüber den berufenen Faktoren des öffentlichen Lebens und gegenüber der Gesellschaft.

Der letzte Punkt zeigt deutlich die Brücke, die vom Schutz einer bestimmten jüdischen Schicksalsgruppe zum Schutz der jüdischen Volksgemeinschaft führt. Die Tätigkeit, die entwickelt werden muß, um das Interesse, den Ruf und die Ehre der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten zu wahren, muß von selbst instruktives und statistisches Material von allgemein jüdischem Werte ergeben (Berührungspunkt mit dem Jüdischen Archiv!) und weitere Aktionen auslösen, die der jüdischen Gemeinschaft als solcher und ihrem Rufe zugute kommen.

Allerdings darf die Rücksicht auf dieses allgemeine Interesse — auf die ja als besondere Seite der vorgeschlagenen Organisation sonst nicht genug nachdrücklich hingewiesen werden kann — nicht dazu verleiten, den Kreis der Verbandsmitglieder auf diejenigen zu beschränken, die kämpfend am Kriege teilgenommen haben. Gewisse an sich berechtigte Empfindungen legen ja diese Beschränkung nahe. Allein triftige Erwägungen sprechen dafür, daß auch diejenigen jüdischen Heeresangehörigen, die nicht am Kriege teilgenommen und darüber hinaus diejenigen, die unmittelbar durch Kriegsmaßnahmen an Leib und Leben, Freiheit und Gut gelitten haben, in die Mitgliederschaft einbezogen werden. Auch sie haben gerechte Ansprüche, die unterstützt werden müssen, und die durchzesetzen nicht nur für sie, sondern auch für die jüdische Gesamtheit von Wichtigkeit ist. Und andererseits braucht nicht gefürchtet zu werden, daß dabei diejenigen, die gekämpft haben, und die aus der Tatsache ihres Kämpfens und ihrer Leistungen für die jüdische Gesamtheit abgeleiteten Folgerungen zu kurz kommen. Schließt doch die Vereinigung zu einem Gesamtverbande eine gerechte Arbeitsteilung nach den verschiedenen Interessengebieten, aus denen die Mitglieder herkommen, nicht aus.

Zu bemerken wäre, daß den Rechtsnachfolgern verstorbener Interessenten die Möglichkeit geboten sein müßte, deren Interesse und Ansprüche durch den Verband in acht zu nehmen.

Was die Geldmittel betrifft, die der vorgeschlagene Verband benötigen würde, so brauchen sie in Hinsicht auf die überwiegende Mehrheit der Agenden nicht zu hoch bemessen werden. Die Beiträge der Mitglieder und etwaiger Förderer dürften genügen. Sollte es der Verband aber auch mit eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen versuchen wollen, so könnte dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß sie das Budget der übrigen Arbeiten nicht belasten, vielmehr autonome Finanzierungsgrundlagen (besondere Fonds, besondere Kredite) erhalten.

Es ist fraglich, ob, so lange der Krieg dauert, die hier vorgeschlagene Organisation der jüdischen Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten nicht schon in ihrer Gründung oder zumindest in ihrer Wirksamkeit behindert sein werde. Jedenfalls wird sie vom Friedensschlusse ab mit vollem Einsatz aller Kräfte arbeiten können. Das Freiwerden von hunderttausenden jetzt noch in die strenge militärische Disziplin gebannten Kräften, ihr massenhaftes Zurückströmen in das wirtschaftliche Leben, der Wegfall der Ausnahmsbehinderungen des Vereins- und Versamlungswesens wird der neuen Organisation die größten Möglichkeiten bieten. Es kommt ja nur darauf an, daß im geeigneten Augenblicke die Organisatoren und die Arrangeure bereit stehen. Dafür aber ist wieder Voraussetzung, daß der Gedanke *schon jetzt* in die Massen geworfen und ihm schon jetzt eine vorbereitende Stelle geschaffen werde. Vielleicht kann, speziell in Österreich, der geplante jüdische Kongreß diese Stelle werden. Oder — wenn er zu lange auf sich warten lassen sollte — das Komitee des Jüdischen Archivs. Oder vieleicht treten neue Männer ad hoc zusammen.

Anmerkung der Redaktion: Der Vorschlag Herrn Dr. Birnbaums dürfte sehr vielen jüdischen Heeresangehörigen aus der Seele gesprochen sein. Die Redaktion ist gerne bereit, Zustimmungen zu dieser wichtigen Angelegenheit und Erörterungen der damit zusammenhängenden Fragen zu verwerten und weiterzuleiten.

Der Jüdische Nationalfonds.

(Fortsetzung.)

Damit erschöpft sich aber keineswegs die Aufgabe des JNF in der schweren Kriegszeit. Sobald das furchtbare Ringen der Staaten und Völker uns eine ruhige Zeit für unsere volksaufbauende Arbeit in Palästina bringt — wir hoffen alle, daß die fürchterlichen Opfer des jüdischen Volkes nicht umsonst sein werden — dann können wir nicht einfach den Faden dort aufnehmen, wo er durch den Krieg gerissen ist. Gewiß werden wir vor allem auf den schon gelegten Fundamenten weiterbauen, wir werden das schon früher Geschaffene weiter entwickeln, aber wir haben auch während des Krieges gelernt, weitere Horizonte sind sichtbar, die Begriffe umfassender geworden. Wir können nicht mehr mit dem alten Maßstab aus der Zeit vor dem Kriege an unsere Palästina-Arbeit herantreten. Sie wird größer, systematischer, schneller werden müssen. Und dazu muß auch das wichtigste Instrument dieser Arbeit — der Jüdische Nationalfonds — viel größer, mächtiger, stärker werden. Schon jetzt während des Krieges müssen wir alles für die Aktionsfähigkeit unseres Landfonds vorkehren.

Im Mittelpunkt der künftigen Arbeit müssen wie bisher die zwei Hauptprobleme der nationalen Kolonisation stehen — die *Landfrage* und die *Menschenfrage*. In Übereinstimmung damit wird sich die Arbeit für den JNF auf seine Hauptzwecke konzentrieren müssen — den eigentlichen Landfonds, oder die Nachlah, und auf den *Pionierbeitrag* des Genossenschaftsfonds.

Wollen wir aber, daß der JNF der Regulator und ausschlaggebende Faktor in der palästinensischen Landpolitik, der Landgeber für die große, nicht- oder minderbemittelte Masse werden soll, dann müssen wir ihm viel größere Kapitalien als bisher zuführen. Der erste agronomische Fachmann des JNF, Agr. Ing. J. *Oettinger*, hat berechnet, daß der Wert des Bodens im Durchschnitt ein Drittel der Ausgaben für die Kolonisierung einer Familie darstellt.[1]) Um z. B. 30 Kolonien zu 100 Familien nach den von ihm ausgearbeiteten Plänen zu begründen, sind ca. 75 Mill. Franken erforderlich. Davon sind für Boden und die notwendigen Ameliorationen 25 Mill. Franken aufzuwenden. Mit anderen Worten, wollen wir in den ersten Jahren nach Friedensschluß insgesamt 30 Kolonien begründen, d. h. eine jüdische Dorfbevölkerung von etwa 30 000 Menschen, wozu sich erfahrungsgemäß die Städte um weitere 30 000 jüdische Einwanderer vermehren würden, wollen wir auf diese Weise eine Existenzbasis für etwa 60 000 Juden in Palästina schaffen, dann müssen wir dem JNF wenigstens 25 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Das ist an sich durchaus nicht viel. Vor 15 Jahren stellten wir uns als Ziel, einen Betrag von 5 Millionen aufzubringen. In diesem Zeitraum hat der JNF seine Organisation ausgebaut und den Weg zu den jüdischen Massen gefunden. Die Opferbereitschaft des jüdischen Volkes ist, insbesondere nach den Kriegsleiden, bedeutend gewachsen. Wir wissen, daß, wenn wir wirklich Palästina durch Arbeit erobern wollen, wir den JNF nicht mehr mit kleinen Spenden abfinden dürfen. Das Minimum von

[1]) Agr. Ing. J. Oettinger: „Methoden und Kapitalbedarf jüdischer Kolonisation in Palästina", JNF-Bibliothek Nr. 3, herausgegeben vom Hauptbüro des Jüdischen Nationalfonds, Den Haag.



25 Millionen Franken für den Boden von 30 Kolonien ist darum eine durchaus reale Möglichkeit. Schon vor dem Kriege hat der JNF eine Jahreseinnahme von einer Mill. Franken erzielt und während des Krieges ist im laufenden Jahre 1917 der Rekord schon übertroffen. Es ist keine Utopie mehr, daß der JNF eine gesicherte ständige Einnahme von 3, 5 und 10 Mill. Franken jährlich in absehbarer Zeit erlangen kann.

Dann wird er auch an größere, umfassendere Pläne herantreten können. Agr. Ing. Oettinger berechnet, daß zur Ansiedlung von hunderttausend landwirtschaftlich tätigen Familien mit einer halben Million Seelen (was der Schaffung einer jüdischen Dorfbevölkerung von etwa einer Million entsprechen würde) rund zwei Milliarden Franken nötig wären. Der Anteil des JNF für den erforderlichen Boden (ca. ³/₄ Millionen Hektar) würde sich auf 600 bis 700 Millionen Franken belaufen.

Wir sind nicht bescheiden und dürfen es in unseren Zielen nicht sein. Der sehr bescheidene Plan, in den nächsten Jahren größere Kolonien auf NF-Boden zu begründen, erschöpft keineswegs die Möglichkeiten Palästinas und unsere Erwartungen. Es wird bloß ein guter Anfang systematischer Kolonisation sein, bei der wir von dem Lehrgeld profitieren werden, das wir bisher gezahlt haben. Welches Volk, selbst ausgerüstet mit einem starken staatlichen Apparat, hat keine Fehler beim Kolonisieren von Neuland gemacht? Alle haben aus ihren eigenen Irrtümern gelernt. Wir werden dasselbe in Palästina machen. So werden wir vor allem nicht wie bisher kleine Kolonien auf kleinem Raum ohne genug Reserveland zur Ausbreitung schaffen, mit einer Anzahl von Familien, die unter der Last großer Gemeindeausgaben (für Schulen, Arzt usw.) zusammenbrechen. Wir werden Bodenkomplexe erwerben, groß genug, um 100 Kolonisten- und Arbeiterfamilien anzusiedeln, mit der nötigen Landreserve auszustatten, die der Kolonie die Möglichkeit des Wachstums und der Ausbreitung geben soll. Das Land soll den Kolonisten nicht in einem unvorbereiteten nichtameliorierten Zustande gegeben werden, wie dies bisher geschah, ausgesogen und ausgeraubt durch die veralteten arabischen extensiven Arbeitsmethoden. Man wird den Boden für moderne Bewirtschaftung instandsetzen, durch Verbesserungen auf eine bestimmte Stufe der Produktivität bringen müssen. Mit den dazu erforderlichen Investitionen kann man die neuen Kolonien nicht belasten. Der JNF soll sie tragen und zum Werte des verbesserten Bodens bei Berechnung der ihm zu zahlenden Pacht schlagen.

Das Menschenmaterial werden wir streng auswählen. Nicht über Nacht und nicht durch die Palästinaluft allein kann aus einem jüdischen Städter ein Farmer oder Landarbeiter werden. Er muß früher in der palästinensischen Landwirtschaft arbeiten, um ein selbständiger Farmer oder ein nützliches Glied einer Arbeitergenossenschaft zu werden. Wir werden von unseren Erbpächtern vor allem S e l b s t a r b e i t verlangen. Sie müssen imstande sein, ihr Besitztum mit den eigenen Händen, mit Hilfe der Familie zu bewirtschaften. Dadurch wird am besten die Frage der Fremdarbeit vermieden werden. Für die Wirtschaften, die Lohnarbeit nicht entbehren können, wird durch Ansiedlung von Arbeitern als Halbkolonisten in der nötigen Anzahl in jeder Kolonie gesorgt werden müssen. Aber jeder Arbeiter soll die Möglichkeit haben, vom JNF mehr Boden in Pacht zu erhalten, um, falls er die Mittel und Fähigkeiten besitzt, von einem Halbkolonisten zu einem selbständigen, freien Farmer aufzusteigen. Ebenso wird der JNF die Genossenschaften von Arbeitern fördern, die sich auf seinem Boden ansiedeln wollen, und der Arbeiterklasse die Möglichkeit geben, zur kollektiven Selbständigkeit zu gelangen.

Das Ausmaß des im Durchschnitt für eine Familie erforderlichen Bodens ist nicht gleichmäßig. Bei bewässerter Gemüsewirtschaft oder für eine Arbeiterheimstätte reichen 20 Dunam (2 ha = 5 acres) und manchmal noch weniger aus. Für eine Getreidewirtschaft benötigt man 200—250 Dunam (ca. 20 ha = 50 acres). Zwischen den beiden Grenzen liegen Wirtschaften verschiedener Größen von 40, 75 und 100 Dunam, — je nachdem, ob Orangen oder „Trockene" Fruchtbäume gepflanzt werden, oder mehr Futter für Vieh produziert wird, das Milch und Fleisch liefert, oder ob die verschiedenen Kulturen kombiniert werden. Im Durchschnitt kann angenommen werden, daß der Bodenbedarf einer Familie 100 Dunam ausmacht. Der Wert eines solchen Bodens beträgt ca. 5000 Franken. Alle Einnahmen des JNF, die nicht für einen seiner Zweigfonds bestimmt sind, werden für Bodenkäufe verwendet. Unsere Freunde

haben indes den Wunsch nach der Einführung einer Spende geäußert, die einem Landstück von bestimmter Größe entspricht. So ist die Land-Spende oder Dunam-Landspende (von 50 Franken oder 2 £) eingeführt worden. Mit einer solchen Spende gibt jedermann dem JNF die Möglichkeit, einen oder mehrere Dunam Land in Palästina zu erwerben, die auf den Namen des Spenders in einem besonderen Land-Kataster des JNF eingetragen werden. Den größeren Aufgaben gemäß, für welche wir uns für die Zeit nach dem Kriege rüsten, ergab sich die Notwendigkeit, eine Landspende von einem höheren Standard zu schaffen. Es ist darum die „Nachlah" eingeführt worden, eine Spende von 5000 Franken, die 100 Dunam entspricht. Je mehr „Nachlahe" dem JNF gespendet werden, desto mehr Farmer- und Arbeiterfamilien vermag er zu kolonisieren.

(Schluß folgt.)

Welt-Echo

Die Regierungserklärungen. In der Abendausgabe der „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 16. Jan. geht an leitender Stelle Major F. C. Endres auf die Bedeutung der Regierungserklärungen zugunsten des Zionismus ein. Er weist darauf hin, daß durch die Erklärung Englands zum ersten Male der Zionismus von einer Großmacht als eine politische Angelegenheit offiziell anerkannt worden und auf das Programm des Friedenskongresses gesetzt worden ist. Der türkische Großwesir hat sich „sehr zurückhaltend, sehr dehnbar, sehr diplomatisch" ausgesprochen; immerhin stehen seine Äußerungen im diametralen Gegensatz zu denen von Djemal Pascha. Über die deutsche Erklärung sagt Major Endres, sie habe „etwas enttäuschend gewirkt. Es läßt sich alles und wieder nichts aus ihr herauslesen. Sie ist ein diplomatisch-dialektisches Meisterstück. Aber unsere Zeit will ein Ja! Ja! und Nein! Nein! und was darüber ist, ist von Übel. Fort mit allen Redensarten! Programme, kurz und bündig und so klar, daß jeder Kommentar überflüssig ist, das sei die politische Sprache der Gegenwart."

Ferner befaßt sich Maximilian Harden in der „Zukunft" vom 12. Januar ausführlich mit dem Zionismus. Sein Aufsatz ist eine rückhaltlose Anerkennung der Berechtigung und praktischen Durchführbarkeit des Zionismus. Es erscheint ihm als sehr wünschenswert, daß die deutsche Regierung sich für seine Verwirklichung einsetzte.

Der König und die bayerischen Rabbiner. Die Konferenz der bayerischen Rabbiner, die am 23. und 24. Dezember in Nürnberg tagte, hat an Seine Majestät den König ein Huldigungstelegramm mit dem Gelöbnis unwandelbarer Treue gesandt. Auf das Telegramm sandte der König folgende Antwort:

„Ihnen und allen Teilnehmern an der Konferenz der bayerischen Rabbiner in Nürnberg danke Ich bestens für Ihre Huldigung und das Treugelöbnis. Mit Ihnen teile ich den Wunsch nach einem Frieden, der wert ist der vielen an Gut und Blut gebrachten Opfer. gez.: Ludwig."

Dr. Pinchas Kohn ist von kompetenter Seite in einem Briefe aufgefordert worden, als Mitglied des Schulkuratoriums des deutsch-orthodoxen Rabbinerseminars in Berlin seine Demission zu geben. Ob er dieser Aufforderung nachgekommen ist, ist uns unbekannt.

Rabbiner Dr. Salfeld. Nach vierzigjähriger Tätigkeit als Rabbiner der Mainzer israelitischen Religionsgemeinschaft wird Professor Dr. Siegmund Salfeld in den Ruhestand treten. Der nunmehr 75jährige, der erst eben von schwerer Krankheit genesen ist, entfaltet noch heute eine umfangreiche wissenschaftliche Tätigkeit. Auch zur Geschichte der Juden von Mainz sind wertvolle Beiträge aus seiner Feder erschienen.

Zu viel Selbstverläugnung. Aus Budapest wird gemeldet: Der Ungarische Israelitische Landesstipendienverein wählte in der Jahresgeneralversammlung den Justizminister Dr. Vázsonyi zum Präsidenten. Dr. Vázsonyi hielt hierauf eine Rede, worin er sich mit der Rechtslage der ungarischen Juden bschäftigte und sagte: Die Rückerinnerung an die Emanzipation, deren 50. Jahreswende das ungarische Judentum in den nächsten Wochen feiern wird, verpflichtet uns alle, das Andenken jener Männer dankbar in Ehren zu halten, denen wir die Gleichberechtigung verdanken. Der Geist dieser Männer und die Pietät gegen unsere Vorfahren, die noch in der Unterdrückung gelebt haben, verpflichten uns, Freiheit und Gleichheit für ewig hochzuhalten und immer dafür zu kämpfen. Die ungarische Judenschaft darf nie eine besondere konfessionelle Politik betreiben, denn sie findet ihre Zukunft, ihre Freiheit und ihre Rechte in einer wirklich nationalen und demokratischen Politik.

Dankbarkeit ist eine gute Sache — aber weshalb sie die ungarischen Juden hindern soll, eine Po-

litik zu treiben, die das Staatswohl und gleichzeitig ihre jüdischen Sonderinteressen fördert, ist unklar. Kann nicht auch jüdische Politik „wirklich national und demokratisch“ sein?

Kulturarbeit im Osten. Zur Hebung des jüdischen Handwerks in Polen. Unter Hinweis auf einen diesbezüglichen Aufsatz von N. Schwalbe im „Haint“ (siehe Nr. 52 d. Bl). erinnert der Frankfurter „Israelit“ die kurz vor Kriegsausbruch geschaffene Weltorganisation „Agudas Jisroel“ daran, daß sie die Verbesserung der kulturellen und ökonomischen Verhältnisse der jüdischen Arbeiter zu ihren vornehmsten Aufgaben zählt und fordert sie auf, diese durch den Krieg unterbrochene Arbeit nunmehr nach Maßgabe der Verhältnisse wieder aufzunehmen. Auch das Warschauer „Jüdische Wort“ läßt an die orthodoxen Kreise eine Mahnung ergehen, Handwerkerschulen verbunden mit sittlich religiöser Erziehung in den polnischen Gemeinden zu gründen, da in den meisten Fällen die jüdischen Arbeiter wegen mangelhafter sittlicher Erziehung verderblichen Einflüssen ausgesetzt sind. Inzwischen hat auch die polnische Regierung wichtige Schritte in dieser Hinsicht unternommmen. Im Vordergrund steht die Errichtung von Handwerkerschulen u. -Fachkursen. Zu diesem Zweck wurde eine besondere Kommission für die Erforschung der Lage der Handwerker in Polen gebildet.

Ein jüdischer Rat. Die Blätter berichten, daß in der jüdischen Kommission bei der Übergangskommission des Staatsrates die Frage des jüdischen „Obersten Rates“ besprochen wurde. Es wurde die Notwendigkeit der Schaffung einer zentralen jüdischen Repräsentanz anerkannt, es wurde beschlossen, diese höchste jüdische Institution „jüdischer Rat“ zu nennen. Der „Jüdische Rat“ soll einen rein religiösen Charakter tragen und sich ausschließlich mit religiösen Angelegenheiten befassen.

Die Russen im englichen Heer. Die „Morning Post“ teilt mit: Die Behörden in Hull erklärten, daß die in England lebenden russischen Juden in der englischen Armee dienen müßten auf Grund der früheren Abmachungen mit der Regierung Kerenskis. Daran würden die Friedensverhandlungen der Bolschewiki ebensowenig ändern wie der Waffenstillstand.

Die Juden in Palästina. Aus Kopenhagen wird dem Jüdischen Korrespondenzbureau im Haag berichtet: Diesenhof, der Bürgermeister von Tel-Awiw und Kalwariski haben in Damaskus ein Komitee gebildet, um den Juden in Galiläa zu helfen. Die Schüler des Jaffaer Gymnasiums befinden sich in Haifa.

Das Kopenhagener Büro der Zionistischen Organisation meldet, daß laut einer telegraphischen Nachricht aus London vom 8. Januar die Lage der Kolonien den Umständen entsprechend, fast befriedigend ist und daß die englische Regierung die Kolonisten mit Saat für die nächste Ernte versehen hat.

Feuilleton

Leo Trotzki.

Der Volkskommissär für die auswärtigen Angelegenheiten Rußlands ist ein Jude. Es wird unsere Leser interessieren, einiges aus dem Leben dieses erst zu weltgeschichtlicher Bedeutung emporgestiegenen Mannes zu erfahren.[1])

Leo Trotzki ist ein Mann von 37 Jahren. Er ist 1880 als der Sohn eines reichen Mühlenbesitzers Bromstein auf dessen Gute in der Nähe der südrussischen Stadt Nikolajew geboren. Seine Er-

[1]) Vgl. „Jüdische Volkszeitung“, Nr. 50.

ziehung war halb jüdisch halb russisch. Mit 17 Jahren (1897) ging er nach Nikolajew um eine Mittelschule zu besuchen. Hier begann sein Lebensschicksal. Durch einen Mitschüler Sokolowski wurde er in dessen Familie eingeführt, die mitten in der Revolutions-Bewegung stand und ihn dafür begeisterte. Er schrieb Aufrufe an „Brüder und Schwestern", die der junge Sokolowski verbreitete. Die Folge war die Verhaftung Bromsteins und der Sokolowskis und ihre Verbannung nach Sibirien. Auf der Wanderung dorthin ließ er sich in Moskau als 20jähriger durch einen von ihm gerufenen Rabbiner mit der 15 Jahre älteren Schwester seines Schulkameraden trauen. Im April 1901 kam die ganze Gesellschaft in dem sibirischen Dorfe Snamenko an. Hier ernährte er sich und die Familie in einer Bauernhütte mit Holzhauen.

Dann schrieb er wieder Artikel für Zeitungen in Irkutsk und Petersburg, sie wurden größenteils von der Zensur gestrichen. Der Rest aber erregte durch seinen Inhalt derart die Aufmerksamkeit der Genossen, daß sie alle Mittel aufboten, um ihm zur Flucht zu verhelfen. Aber er wollte Frau und Kinder nicht verlassen. Für ein Monat wurde ihm erlaubt Irkutsk zu besuchen, von dort kam er nach Wercholensk, da verhalfen ihm die Genossen zur Flucht. Er kam nach der Schweiz. Hier nahm er den Namen Trotzki an. Dann ließ er seine Frau nachkommen. Die Kinder brachte er bei Vater und Schwager unter. Nun arbeiteten beide Eheleute in der „Bewegung". Als 1905 die russische Revolution ausbrach, kehrte er nach Rußland zurück, kam in den Sowjet an leitende Stelle und hatte bald die Führung des Rates der Arbeiterdeputierten in Petersburg. Als der Aufstand in Moskau mißglückte, wurde er verhaftet und unter Anklage gestellt. Vor Gericht verteidigte er sich selbst, er wurde zum Ankläger der Gegenrevolution und dadurch zu einem der volkstümlichsten Verteidiger des russischen Volkes. Wieder zur Verbannung verurteilt, diesmal nach der Eispolarzone, entfloh er im Winter 1907 und gelangte nach Wien, immer in Berührung mit den Genossen. Sein Buch „Rußland in der Revolution" und Aufsätze in deutschen und österreichischen Parteiblättern lenkten die Aufmerksamkeit der deutschen Genossen auf ihn. Bei Ausbruch des Krieges ging er nach Paris und gab eine russische Zeitung heraus, in der er den Imperialismus aller Länder bekämpfte, auch den der Entente. Da wies ihn die französische Regierung aus und setzte es durch, daß auch die Schweiz und Spanien ihm den Zutritt verwehrten. Nun entschloß er sich Europa zu verlassen und fuhr nach Amerika. Dort traf ihn die Kunde von der März-Revolution 1917. Sofort schiffte er sich wieder ein, um nach Rußland zurückzukehren. Ein englisches Kriegsschiff nahm ihn auf der Fahrt gefangen. Da erhob der Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg energischen Protest bei der englischen Regierung. England mußte seinen Gefangenen freilassen. Aber englische Heuchelei suchte den gefährlichen Gegner auf andere Weise unschädlich zu machen. Der Botschafter Buchanan erklärte die Verhaftung Trotzkis damit, daß er ein bezahlter Agent der deutschen Regierung sei. Trotzki hat nach seiner Rückkehr in Petersburg die dreiste Verleumdung in einer gewandten Schrift zurückgewiesen und auch bewiesen, wie England überhaupt nur darauf ausgehe, Rußland seinen Willen aufzuzwingen und deshalb überall seine Hand im Spiele habe.

Das russische Volk hat seinem Führer zugejubelt und ihm volles Vertrauen geschenkt. Der Mann, der noch vor kurzer Frist kein Land fand, wo er sein Haupt niederlegen konnte, steht jetzt an der Spitze des russischen Staates. Der Mann, der nacheinander die Kerker Rußlands, Frankreichs, Spaniens, Englands kennen lernen mußte, residiert jetzt im Winterpalast des Zaren. Vor kurzem noch englischer Gefangener, hat er jetzt die Entscheidung in der Hand, ob England noch auf Rußland rechnen dürfe.

Welch merkwürdige Fügung! In der Brust dieses Mannes, der vom Schicksal gepeitscht, Ruhe und Frieden für sich nicht gefunden, hat die Idee des Weltfriedens feste Wurzel geschlagen. Ihn beseelt der unerschütterliche Wille, den Frieden seinem Volke und der Welt zu schenken. Das ist Geist von jüdischem Geiste, der Geist des Judentums lebt in dem Manne, der seine Zugehörigkeit zum Judentum niemals verleugnet hat.

Als einst in einer politischen Debatte ein Redner auf seine jüdische Geburt anspielte, antwortete er, er habe noch nie Veranlassung gehabt, seine jüdische Abstammung zu bedauern, im Gegenteil, er habe ihr ein scharfes Verständnis für das Menschenelend der Vergangenheit und für die Aufgaben sozialer Gerechtigkeit in der Zukunft zu danken.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Der Gefreite Alfred Fränkel, Sohn des Großhändlers Heinrich Fränkel, hier, wurde mit dem Bayerischen Verdienstkreuz III. Kl. mit Schwertern ausgezeichnet.

Herr Kommerzienrat Sigmund Fränkel in München erhielt den Michaelsorden 4. Kl. mit Krone und Schwertern.

Jüd. Nationalfonds. Alfons Minikes dankt den Mitgliedern des Jüd. Turn- u. Sport-Vereins für die Glückwünsche anläßlich der Verlobung seiner Schwester. 3 Mark.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Jüdischer Turn- und Sport-Verein. Die Turnstunden der beiden Mädchenabteilungen finden nun wieder wie bisher gemeinsam Montags von 6—7.45 Uhr statt.

Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß.“ 27. I. 18. 1. Gruppe. Ins Isartal. Isartalbahnhof 10 Uhr. 5 Pfg. 2. Gruppe. Ins Isartal. Isartalbahnhof 1.40 Uhr. 35 Pfg. 3. Gruppe. Keine Fahrt. Heimvorm. von 10—12 Uhr, Schwaigerstr. 1. Zug. Ins Heim. Starnbergerbahnhof 8 Uhr. 85 Pfg. 2. Zug. Zur Ruine. Isartalbahnhof 8 Uhr. 35 Pfg. 3. Zug. Bogenhauserbrücke 1.30 Uhr. 5 Pfg.

Verein Bne-Jehuda. Die angekündigte Generalversammlung muß infolge unvorhergesehener technischer Schwierigkeiten auf unbestimmte Zeit verschoben werden. — Samstag, den 26. I. im Augustinerbräu, Neuhauserstraße 16/I, abends 8.30 Uhr, Vortragszyklus der jüdischen Geschichte. I. Vortrag: „Auszug der Juden aus Ägypten bis Moses Tod“. Gäste willkommen.

1918 — Wochenkalender — 5678

	Januar	Schebat	Bemerkung
Sonntag	27	14	
Montag	28	15	
Dienstag	29	16	
Mittwoch	30	17	
Donnerstag	31	18	
Freitag	Februar 1	19	
Samstag	2	20	

BY

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.